

„Nur weil Alkohol gefährlich ist, unbestritten, ist Cannabis kein Brokkoli. Okay?!“
(Daniela Ludwig, ehemalige Drogenbeauftragte der Bundesregierung)



Wann wird eingetütet?

„Wir führen die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften ein“ – so steht es zumindest im Koalitionsvertrag der Ampel. Mit Clemens Horn, dem Sprecher des *Deutschen Hanfverbands München*, haben wir über die aktuelle Legalisierungs-Thematik gesprochen.

Dirty drug, Genussmittel, Medikament, Suchtstoff, psychoaktive Substanz, was ist Cannabis, worüber sprechen wir denn eigentlich?

Cannabis – ein riesig weites Feld. Schon seit Jahrtausenden verwendet die Menschheit die Hanfpflanze. Insbesondere in der Landwirtschaft gilt sie als sehr wertvoll für die Faserproduktion, für Seile, für Textilien. Außerdem kennen Menschen seit Jahrtausenden die berauschende Wirkung der Hanfpflanze, insbesondere der weiblichen Blüten, deshalb werden sie seitdem einerseits als Genussmittel und andererseits auch schon seit langem als Medikament oder als Medizin gegen verschiedenste Erkrankungen verwendet. Besonders als schmerzlindernde Substanz ist Cannabis auch heute noch sehr gefragt. Und ebenso im Bereich, wo Cannabis eine psychoaktive Wirkung entfaltet und konsumiert wird. Für eine so vielfältige Pflanze

eine sinnvolle Gesetzgebung zu machen, scheint mir gar nicht so einfach. Wir vom *Hanfverband* setzen uns dafür ein, dass die Politik alle Interessen beachtet: eine verbesserte Nutzung von Hanf als Rohstoff, eine verbesserte Nutzung von Hanf als Medizin und auch eine regulierte legale Nutzung von Hanf als Genussmittel.

Was den berauschenden Hanf angeht, scheint es, dass die Debatte, die ja mittlerweile zu einer Art popkulturellen Klischee geworden ist, in Deutschland nun bald zu einem Abschluss kommt. Wie distanziert ihr euch von diesem immer wieder parodierten Bild der Hanfaktivist*innen, die irgendwo mit ihren „Legalize it“-Schildern in der Ecke stehen und entweder übersehen oder ständig verhaftet werden?

Ich denke, die beste Antwort auf solche Stereotypen ist es, es einfach besser zu machen, indem

wir nicht breit auf unseren Hintern sitzen, sondern aktiv in die Öffentlichkeit gehen, informieren und Demonstrationen öffentlich anmelden, an denen dann mehrere hundert Leute in München teilnehmen. Denn, das Klischee vom Kiffer wäre ja dann: Naja, er verkriecht sich daheim in die Höhle, wo er nichts zu befürchten hat. Wir machen genau das Gegenteil: Wir suchen auch den Kontakt mit den Gegnern der Legalisierung. Wir sprechen beispielsweise mit CSU-Abgeordneten, denn da ist das Potenzial, das wir nutzen müssen. Einerseits sind wir die Informationsquelle für alle, die diesem Thema bereits positiv gegenüberstehen und andererseits auch diejenigen, die den Diskurs betreiben. Und ich denke, das funktioniert ganz gut. Man hat es letztes Wochenende in Berlin gesehen, auf der Hanfparade: Mehrere tausend Leute demonstrierten da für die eigenen Rechte und auch für die Rechte

derjenigen, die nicht demonstrieren können: wegen medizinischer Probleme oder Menschen, die wegen der Cannabisprohibition ihrer Freiheit beraubt wurden, also im Gefängnis sitzen – die haben teilweise Familien und Kinder. Das kann nicht sinnvoll sein für die Gesellschaft, wegen ein bisschen Cannabis zum Eigenbedarf. Auch deshalb gehen wir aktiv und sichtbar auf die Straße, damit die Ampelkoalition diesen Gesetzesentwurf, den sie versprochen hat, auch vorlegt.

Eure Antwort auf Klischees ist es, seriösen Aktivismus zu machen.

Genau, das kann man so sagen.

Wer muss denn eigentlich noch überzeugt werden? Worauf konzentriert ihr euch bei eurem Aktivismus?

Tatsächlich ist die Polizei noch einer der Hauptverfechter der Prohibition. Es gibt regelmäßig von verschiedenen Polizist*innen-Organisationen, beispielsweise der *Deutschen Polizeigewerkschaft* oder auch von Social Media Accounts der offiziellen Polizeidienststellen, Äußerungen, dass Cannabis ein gefährliches Rauschgift sei. Und dass man dringend mehr Kontrollen gegen diese sogenannte Rauschgiftkriminalität durchführen müsse. Da angeblich insbesondere Jugendliche gefährdet wären, würde man Cannabis jetzt für Erwachsene reguliert freigeben. Es kursieren Falschinformationen. Bei einer Talkshow, zu der man mich eingeladen hatte und das Publikum mitdiskutierte, meldete sich ein Polizist, der nicht wusste, dass es Cannabis als Medizin in der Apotheke gibt, auf Rezept, in kontrollierter, standardisierter Qualität. Diese Information war ihm ganz neu!

Wie und in welchem Umfang erlebt ihr als Organisation Repressionen oder vielleicht sogar Verhaftungen?

Wir haben bei unseren öffentlichen Ortsgruppensitzungen regelmäßig Berichte von Leuten, die wegen Cannabisbesitz eine Hausdurchsuchung hatten, teilweise wegen Cannabisanbau oder auch mal wegen angeblichem Cannabisanbau. Die Polizei kontrolliert etwa Leute wegen einem Joint im Park und dann erhalten sie eine Strafanzeige. Die damit verbundenen Durchsuchungen sind alles andere als angenehm. Die Beamten ziehen sich Latexhandschuhe an, wühlen sich durch alle Sachen und durchsuchen zudem den kompletten Körper – auch den Intim- und Analbereich. Solche Erfahrungen traumatisieren teilweise enorm. Wir kriegen viele E-Mails von Menschen, denen das passiert ist und die sich darüber mit jemandem austauschen möchten.

Jetzt hattest du den derzeitigen Umgang mit dem Thema Jugendschutz bereits angeschnitten. Wie funktioniert denn aus eurer Perspektive guter Jugendschutz beim Thema Cannabis?

Aktuell gibt es keinen Jugendschutz bei Cannabis. Verbraucherschutz bei Cannabis gibt es ebenso wenig. Den Verbraucher*innen, und somit auch den Jugendlichen, fehlen die Informationen. Die wissen nicht, was sie bekommen und woher sie es bekommen. Es könnte, wenn wir das auf Alkohol übertragen, ein Schnaps oder ein Radler sein. Das ist im Grunde die größte Gefahr, die die Prohibition mit sich bringt: Niemand weiß genau, was da gerade konsumiert wird. Und ein vernünftiger Jugendschutz in einem regulierten Markt könnte so aussehen, dass man die Fachgeschäfte nur für Erwachsene zugänglich macht.

Dass man Ausweiskontrollen einführt und diese auch konsequent überprüft. In den USA gibt es in den Fachgeschäften immer wieder Testkäufe, auch mit Jugendlichen. Dabei kontrolliert man, ob sie Sachen verkauft bekommen, obwohl sie sich nicht ausweisen können. Gerade mal in zwei Prozent der Testkäufe wurde gegen den Jugendschutz verstoßen. Etwas anderes kommt noch hinzu: Wenn Erwachsene reguliert legal in so einem Geschäft kaufen können, bricht den Dealern vollkommen das Geschäft weg. Das sieht man beispielsweise in Kanada. Dort findet nur noch sehr wenig Schwarzmarkt statt. Logischerweise können dann auch Jugendliche nicht mehr auf dem Schwarzmarkt kaufen. Und selbst, wenn man jetzt die Situation hätte, die sicher vorkommen wird, dass ein*e 18-Jährige*r, vielleicht seinen jüngeren Geschwistern mal was abgibt, hätten wir nach der regulierten Freigabe noch einen enormen Zuwachs an Gesundheitsschutz, was das Ziel des Jugendschutzes ist. Nämlich wissen wir dann, was diese*r Jugendliche konsumiert. Hoffentlich eher eine schwache Sorte. Und wir können uns schon mal sicher sein, dass das sauberere Stoff ist, nicht gestreckt, keine synthetischen Cannabinoide enthält, keine anderen Drogen. Vor allem wissen wir aber, das Ganze passiert im sozialen Umfeld mit einer sozialen Kontrolle. Der beste Jugendschutz ist die regulierte Freigabe für Erwachsene.

Im Prinzip wie beim Alkohol?

Ja, aber vielleicht mit etwas weniger Präsenz im Alltag. Wir stellen uns für eine Stadt wie München eine zweistellige Anzahl von lizenzierten Fachgeschäften vor, über das Stadtgebiet verteilt. Dann ist es auch möglich, diese Kontrollen durchzuführen und es



„Cannabis reicht dann nicht, sondern dann muss jetzt Kokain her, und Crystal Mett!“
(Markus Söder, Ministerpräsident Bayern)

wird einem nicht an jeder Ecke so angepriesen wie es derzeit beim Alkohol geschieht.

Aber wie werden denn jetzt zum Beispiel Leute mit einer Veranlagung zu Schizophrenie (oder anderen sogenannten „Kiffer-Psychosen“) am besten geschützt?

Der wichtigste Gesundheitsschutz denke ich, für solche anfälligen Konsument*innen ist, dass wir die Möglichkeit haben, auf die Packung zu schreiben, welche Wirkstoffe die Ware enthält. Wie viel THC ist drin und insbesondere wie viel CBD, also Cannabidiol. Dieses THC - CBD Verhältnis ist in verschiedenen Sorten sehr unterschiedlich und dem CBD wird in verschiedenen Studien eine anti-psychotische Wirkung bestätigt. Insofern kann man schon sagen, wenn man starkes Gras raucht, das sehr viel THC und sehr wenig CBD enthält, dann ist das Risiko, eine solche latent vorhandene Psychose auszulösen deutlich höher, als wenn man eine Sorte nimmt, die viel CBD beinhaltet und weniger THC. Wichtig also, um solche Konsument*innen zu schützen, ist die Aufklärung über diese Zusammenhänge. Auch der familiäre Faktor spielt eine wichtige Rolle: Wenn man in der Familie schon eine solche Krankheitsgeschichte hat, dann muss man Leuten vielleicht auch raten, lieber nichts zu konsumieren. Ich denke, es wäre deutlich einfacher in Familien überhaupt darüber zu sprechen, wenn es eben keine strafrechtliche Dimension beim Konsum von Cannabis gäbe.

Vielleicht wird dann ja für manche Menschen auch das Gespräch mit Hausärzt*innen etwas leichter?

Die psychologische Schwelle ist aktuell sehr hoch, mit irgendwem über den eigenen Konsum zu

sprechen. Das berichten uns viele. Leute trauen sich überhaupt nicht, das Thema vielleicht mal in der Schule anzusprechen, wenn wir über Jugendschutz reden. Das Gleiche gilt im Bekannten- und Freundeskreis und auch beim Arzt. Gespräche sind erst dann möglich, wenn kein großes Stigma mehr vorhanden ist und keine Strafverfolgung mehr droht.

Man kann sich dann einen besseren Überblick aus sicheren Informationsquellen verschaffen.

Genau, und das führt zu mehr Sicherheit und Selbstbestimmung.

Selbstbestimmung ist ein gutes Stichwort. Ihr wollt auch den Eigenanbau legalisieren. Widerspricht sich das denn nicht irgendwie mit einer sicheren kontrollierten Abgabe durch Fachverkäufer*innen?

Naja, einerseits soll jeder die Möglichkeit haben zu wissen, was in gekauftem Cannabis für Wirkstoffe enthalten sind, andererseits gibt es auch bei Tabak oder Alkohol die Regelung, dass man daheim Bier brauen darf oder bis zu 99 Tabakpflanzen in den eigenen Garten setzen kann. Warum sollte das beim Hanf anders laufen? Die Sorten haben eine gewisse Stabilität. Also, wenn man eine bestimmte Sorte pflanzt, weiß man wie stark sie ist. Und zusätzlich hat man es selbst in der Hand, ob man Pestizide und Dünger verwenden möchte oder einfach nur mit Wasser gießt. Wer eine exakte Bestimmung der Wirkstoff-Prozente haben möchte, könnte die dennoch über entsprechende Labore bekommen. Dann hätte man wirklich den gesamten Herstellungsprozess unter Kontrolle und wüsste über alles Bescheid: vom Gießwasser, über die Wirkstoffe bis zur Nachbehand-

lung der Blüten.

Okay, aber wenn ich jetzt noch mal nachfragen darf: Wo bekommt ihr aktuell eigentlich euer Cannabis her, wenn ihr dermaßen vehement gegen den Schwarzmarkt argumentiert?

Tatsächlich gibt es in den Reihen des *Deutschen Hanfverbandes* sehr viele Patient*innen, die Cannabis auf Rezept bekommen. Beispielsweise weil sie unter heftigen chronischen Schmerzen leiden. Gegen das Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitäts-Syndrom, kurz ADHS, setzt man Cannabis durchaus erfolgreich therapeutisch ein. Das heißt, viele kranke Menschen bekommen kontrolliertes Cannabis in standardisierter, pharmazeutischer Qualität über Apotheken. Das ist ein Fakt. Es gibt in Deutschland angebauten Hanf in der Apotheke für Preise, deutlich kostengünstiger als auf dem Schwarzmarkt. Dadurch haben viele, die das als Medikament brauchen, endlich einen gesicherten, einen stabilen Zugang zu ihrer Medizin. Ein Cannabis Rezept zu bekommen, selbst für Schwerkranke, bleibt aber immer noch kompliziert. Sie müssen einen Arzt finden, der eine Cannabis-therapie befürwortet. Da kämpfen wir auch dafür, dass es hier endlich mehr Fortbildungsangebote für Mediziner*innen gibt.

Aber welche Wege in die Legalität gibt es denn für derzeitige Verkäufer*innen auf dem Schwarzmarkt?

Der *Deutsche Hanfverband* hat dazu vor einigen Monaten ein Eckpunktepapier für die Cannabis-regulierung besprochen. Da waren diverse Aktivist*innen, da war Fachpersonal aus den Bereichen Soziale Arbeit, eigentlich allen Disziplinen vor Ort, die sich mit dem Thema Cannabis, Cannabis-



Clemens Horn bei der Nutzhanfernte im Frankenwald.

regulierung beschäftigen. Und der Konsens war, dass analog zu so einer IHK-Ausbildung für Fachverkäufer*innen, so etwas Ähnliches für die Arbeit in einem Hanfladen notwendig wäre. Dabei sollten Kenntnisse vermittelt werden, über verschiedene Sorten, über die Konsumformen und die Dosierung. Natürlich müssen akute Nebenwirkungen den Verkäufer*innen bekannt sein. Sie müssen eine mehrwöchige Zusatzausbildung durchlaufen und auch einen Erste-Hilfe-Kurs bei Überdosierungen absolvieren und Safer Use Beratungen über das langsame Herantasten an die richtige Dosierung und allgemeine Risikominimierung durchführen können. Diese Ausbildung steht allen offen. Jede*r, die*der mit Menschen arbeiten kann und halbwegs zuverlässig ist, hat dann die Möglichkeit, als Cannabis-Fachverkäufer*in in einem legalen Geschäft zu arbeiten. Erfahrungen auf dem Schwarzmarkt können dabei sogar helfen, denn dann kennt man möglicherweise bereits bestimmte Fragen und Probleme, die Konsument*innen von Zeit zu Zeit haben.

Voraussetzung dafür wäre ja erst einmal eine Straffreiheit für aktuelle Delikte oder solche aus der Vergangenheit, oder? Wie ist da denn aktuell der Stand?

Damit befasst man sich ebenfalls im Bundestag. Und was das angeht, sieht es ganz gut aus: Die SPD-Abgeordnete Carmen Wegge ist im Innenausschuss Berichtsterin für die Cannabislegalisierung. Sie ist Volljuristin und damit inzwischen eine Expertin in dem Bereich und hat uns kürzlich im Rahmen einer Konferenz Auskunft gegeben, wie das mit dem Strafrecht bei Cannabis ablaufen könnte. Es ist wohl so, dass mit einer regulierten Freigabe und Entkrimi-

nalisierung von Cannabis auch automatisch Strafen, die die Leute gezahlt haben, vom Staat zurückgezahlt werden. Laufende Strafverfahren würden sofort eingestellt. Darüber hinaus sind sogar nachträglich Entschädigungszahlungen an die Betroffenen möglich. Ob es zu solchen Entschädigungszahlungen auch kommt, müsste noch der Bundestag entscheiden.<

Das Gespräch führte Simon F.